

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 8.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Wegungsbüro für Halle a. S., Barossa 2, 20. Nr. 2, durch die Post bezogen 3 M. für das Vierteljahr.
Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich 37 Mal. — Carl's-Verlag: Halle'scher
Courier (inkl. Beilagen), 21. Unterhaltungsbüro (Sonntagsbeil.), Bannw. Mitteilungen.

Verlagshaus in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Unterhaus.
Telephon 158; Reaktions-Telephon 1272. Eing. Nr. 2544/1909.
Gesamtertrag: Dr. Walter Wendenleben in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren f. d. Postbezugsstellen oder deren Raum f. Halle a. S. im Quartal
20 Pf., außerdem 30 Pf. Restbetrag am Schluss des halbjährlichen Teils die Stelle 100 Pf.
Anzeigen-Kennzeichen h. d. Geschäftsstelle in Halle a. S. in allen bekannten Anzeigen-Verzeichnissen.

Mittwoch, 6. Januar 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Postfach 114.
Telephon Amt VI Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Vom Balkan.

Das serbische Kabinett überreichte dem Könige seine Demission mit der Motivierung, daß es das Vertrauen der Stuphina nicht in solchem Maße genieße, wie es für die gegenwärtigen ersten Verhältnisse notwendig sei. Der König nahm die Demission nicht an, da er zu gut wisse, wo die Stuphina nicht verarmt ist, keine Möglichkeit bestehe, die Kräfte in der Weise zu lösen, die am besten der parlamentarischen Lage entsprechen würde.

Die Werbung der Belgrader „Politika“, die bosnische Regierung beschuldigt, der moslimischen Frauen das Schleiertragen zu verbieten und eine Reform der türkischen Ehegesetzgebung durchzuführen, ist eine Erwiderung, die jeder Grundlage entbehrt und den Zweck verfolgt, die inhumanen Verhältnisse in Bosnien aufzuregen. Eine solche Wirkung kann der Regierung niemals in den Sinn kommen. Religion, Sitten und Gebräuche der Bevölkerung Bosniens und der Herzegovina sollen wie bisher auch weiterhin unangeführt bleiben.

Am Dienstag ist der Wiener „Neuen Freien Presse“ zufolge der offizielle Text der Rede des serbischen Ministers des Äußeren Milovanovich eingetroffen. In dem Bericht, der am Sonntag aus Belgrad telegraphiert wurde, lautet die Stelle, gegen die sich die Reklamation des österreichisch-ungarischen Gesandten, Grafen Jorgach, wendet, folgendermaßen: Während Oesterreich-Ungarns erster Schritt am Balkan darin bestand, daß es das Volk zweier serbischer Länder zu Slaven machte. Im offiziellen Text lautet dagegen die Stelle folgendermaßen: Oesterreich-Ungarn, das sich die von Serben bewohnten Provinzen zu eigen gemacht hat. Der offizielle Text lautet daher ganz anders als die telegraphierte Stelle. Es mag sein, daß dies nachträglich hineingeformt worden ist, allein für den friedlichen Verlauf der Reklamation des österreichisch-ungarischen Gesandten ist es von größter Bedeutung, daß der offizielle Text die beleidigenden Ausdrücke nicht in solcher Weise gebraucht, wie sie im telegraphierten Text mitgeteilt sind.

Bei Reklamationsschluß wird uns noch gemeldet: Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Graf Jorgach, hat im Auftrage seiner Regierung beim Minister des Äußeren Milovanovich Vorstellungen wegen dessen Rede in der Stuphina erhoben. In seiner Erwiderung wies Milovanovich darauf hin, daß in allen veröffentlichten Berichten seine Rede nicht genau wiedergegeben sei, der authentische Text werde erst in den nächsten Tagen festgelegt sein. Bis dahin wird das Urteil über die Tragweite der gesammelten Anmerkungen vorbehalten bleiben müssen.

General Jankovic ist zum serbischen Kriegsminister ernannt worden.

Linksliberalismus und Wof.

In einer Auseinandersetzung mit den Gründern der neuen demokratischen Vereinigung, Dr. Th. Warh, schreibt die „Frankfurter Zeitung“, der Trieb der Selbstbehaltung habe die Linksliberalen schon geraume Zeit in der Wofpolitik zu schwächerer Wofbege gegen die Sozialdemokratie gezwungen, da diese gelangt habe, einfach die Erbhaft des Liberalismus anzunehmen zu können.

Aus diesem Trieb heraus ist es auch zur Einigung des Linksliberalismus gekommen, der auf den Wofversuch auf Zeit lediglich zu dem Zwecke eingegangen ist, die politische Konstellation nach Möglichkeit auszumachen, um wenigstens einige liberale Forderungen durchzuführen. Es hat sogar in diesem Hinsicht die Abgrenzung gegeben, die das als notwendig erachtet und der sozialdemokratische Abgeordnete Edmund Fischer hat erst neuerdings das Vereinsgesetz offen als einen Fortschritt anerkannt.

Dieses Gesandnis verdient Beachtung. Dadurch werden die fortwährenden Verdächtigungen seitens der Linken beleuchtet, die darauf ausgehen, die Konventionen als unzulässige Wofangehörige hinzustellen. Was in Wirklichkeit allein den Wof gefährdet, das ist eben der Unfand, daß er von den Linksliberalen als ein „Verzicht auf Zeit“ angesehen wird, als ein Verzicht, der womöglich aufgegeben werden soll, wenn es an der Linken ist, auch einmal Anzeigendnisse nach rechts zu machen.

Deutsches Reich.

Die Berliner Reife des englischen Königspaars. In einem Artikel über die geplante Reife des Königs und der Königin von England nach Berlin sagt der „Londoner Daily Graphic“: Die alte Politik, der Verbindete jedes Landes zu sein, das den Frieden will, ist noch heute die Politik Englands, und wir sind bereit, dies jeden Augenblick durch eine englisch-deutsche Entente zu ver sichern, die ebenso herzlich wäre wie die, die uns mit Frankreich und Rußland verbinden. (?)

Die Tagung des Flottenvereins findet vom 3. bis 6. Juni in Kiel statt.

Koloniale Rundschau. Mit Beginn dieses Jahres erscheint in Verlag von Dietrich Reimer (Egmont Verlag) in Berlin eine neue Zeitschrift: „Koloniale Rundschau, Monatschrift für die Interessen unserer Schutzgebiete und ihrer Bewohner“. Herausgeber ist Ernst Böhm, die Schriftleitung hat Dietrich Reimer.

man. Die Zeitschrift will mitarbeiten an der Verbreitung des kolonialen Bewusstseins in Deutschland und an der Erschließung unserer Kolonien. Es betrifft den Gesamthand, daß eine dauernde geistliche Entwicklung der Schutzgebiete nur möglich ist durch die vereinte Arbeit der weißen und schwarzen Rasse, daß es deshalb in unserem Interesse und dem unserer Kolonien liegt, denn wie die Eingeborenen für diese Arbeit anzusehen, daß sie, wenn sie sich nicht geistlich, intellektuell und sittlich heben, und sie unter unserer Anleitung die Produkte ihrer Hände rationell erschaffen können.

Kriminalistische Vereinigung. In der gestrigen Sitzung referierte Kammergerichtsrat Kroner über die Organisation der Strafgerichte unter Berücksichtigung der Einführung der Berufung und führte aus, der jetzige Entwurf weiche wesentlich von den Kommissionsentwürfen ab. Er sehe vor eine Vermehrung der Strafgerichte und eine geringere Vermehrung der Schöffengerichte. Zwischen dem Entwurf und der Begründung fanden sich Widersprüche, im allgemeinen seien aber die Vorschläge des Entwurfs eine brauchbare Grundlage für weitere Verhandlungen. Doch müßte die Zuständigkeit des in erster Instanz ohne Zuziehung von Schöffen entscheidenden Amtsrichters sich auf Arbeitsergebnisse beschränken, für die Berufungsinzang dagegen unter Zuziehung von Schöffen erfolgen. Hierauf folgte eine lebhaft Debatte. Privatdozent Graf Dohna hält in vielen Fällen die Berufung für entbehrlich. Allerdings sei nicht zu verkennen, daß die Vollstreckung der Berufung verlange. Kammergerichtsrat Seidler führte aus, mit Geltung der Militärstrafprozessordnung seien die Erfahrungen über die Notwendigkeit der Berufungsinzang noch nicht abgeschlossen, doch müßte der Schwerpunkt in der ersten Instanz liegen. Oberlandesgerichtsrat Garbrügge wünschte, daß die Straftatnamen mit drei Richtern und zwei Schöffen gebildet und daß die Berufungen an die Oberlandesgerichte verlegt werden. Landgerichtsrat Richter führte aus, daß die Berufungsinzang zu geringe Empfindlichkeit der Schöffen gegenüber den Schöffenmaterial zu schaffen. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß die Schöffen milder urteilen als die Richter. Professor Lisig erklärte es für richtig, daß ein großes Schöffengericht aus einem rechtsgebildeten Richter und zwei Schöffen bestehe. Professor Sippel sprach sich gegen den Vorstoß gegenwärtiger Abgeordneter Einzelrichtern ohne Schöffen zu überweisen, aus. Präsident Hamm wünschte, daß nicht etwa reformatorisch in pejus eintrete, ein Angeklagter, der Berufung eingeklagt habe, eine höhere Strafe als in der ersten Instanz erhalte. Kammergerichtsrat Kroner erwiderte, daß eine Vermehrung der Berufung an die Oberlandesgerichte nicht für tunlich. Ebenjovonig sei er für Überweisung der Berufung an bedatierete Strafkammern; er empfahle, die Berufungen an die Landgerichte zu verweisen.

Die Gas- und Elektrizitätsteuer. In der zweiten hiesigen Kammer richteten Abgeordneter Rappenther und Gesandte eine Anfrage an die Regierung bezüglich ihrer Stellungnahme zur Gas- und Elektrizitätsteuer im Bundesrat. Staatsminister Ewald führte aus, obgleich die Absicht, die Produktionsmittel einseitig mit einer Steuer zu belegen, grundsätzlich bedenklich ersehe, so müßte doch das unabweisbare Bedürfnis des Reiches nach Erschließung neuer Steuerquellen und der nötige Wandel an einem geeigneten Ort, den Vorschlag der Gas- und Elektrizitätsteuer nicht von der Hand zu weisen. Inquantum der Steuer freude ferner die verhältnismäßig niedrige Belastung des Einzelnen, worin sich wieder ein Ausgleich finden lasse. Insbesondere wäre zu berücksichtigen, daß von den hier vorgeschlagenen Verbrauchssteuern die hier in Rede stehende am meisten die Erwartung erfüllen würde. Erträge aus Steuern zur Erhaltung der Bundesbahn, des Bundespostwesens und des Reichswaldwesens beizutragen. Schließlich müßte in Betracht gezogen werden, daß bei dieser Steuer im Gegensatz zur Weinsteuer besondere Interessen des Großverbrauchs nicht in Frage kommen. Deshalb stimmte die Regierung im Bundesrat für den Entwurf der Gas- und Elektrizitätsteuer. Nach der Beratung der Wofbege zur Überweisung der Besondere verlagte sich die Kammer auf unbestimmte Zeit.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Wie die „Neue Freie Presse“ erzählt, fand am Dienstag beim Ministerpräsidenten Freiherrn v. Wienert eine Konferenz statt, welche handelspolitischen Fragen, vor allem der Fortsetzung der Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänien, galt. Nachmittags fand im Ministerium des Äußeren eine Besprechung der handelspolitischen Referenten der beteiligten Ressorts statt.

Die „Neue Freie Presse“ meldet ferner: Der Kaiser hat den Fürsten Montemuro zu seinem ersten Oberhofmeister ernannt. Wichtigkeit wurde ihm die Charge als Oberster aller Gärten in Ziti übertragen.

Italien. Die Deputiertenkammer ist zum 8. Januar zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

Frankreich. Ministerpräsident Clemenceau stellt das Belangenverhältnis von Marokko fest. Er ist der Meinung, daß Marokko in aller Form in Arabien. Der Minister hat am 5. d. d. Beschluß, den Kammer bei ihrem Wiederzusammentritt ein Anmerkungsgeheß betreffend die Ereignisse in Drauel-Waguz in Vorschlag zu bringen. Der Minister des Äußeren Blotie machte auch Mitteilungen über die auswärtige Lage, namentlich über die Orientfrage.

Niederlande. Der Minister des Innern Dr. Devers ist plötzlich gestorben.

Marokko. Im französischen Ministerrat machte am Dienstag Minister Blotie ein Mitteilungen über die Belangenverhältnisse des Marokko. Er ist der Meinung, daß Marokko in aller Form in Arabien. Die Belangenverhältnisse des Marokko sind in der Kammer abgehandelt worden. Die Belangenverhältnisse des Marokko sind in der Kammer abgehandelt worden. Die Belangenverhältnisse des Marokko sind in der Kammer abgehandelt worden.

träge betreffend Marokko wird der besonderen Uebereinkommen, die Frankreich mit Marokko abgeschlossen hat. Sie umgrenzen die Bedingungen, unter denen die Räumung des Schanaja Gebietes nach und nach erfolgen soll, indem sie Aufklärung geben über den Gebietsumfang, in dem Marokko die Sicherung der Ordnung nach Marokko der fortwährenden Klärung zu folgen haben wird. Einer Meldung der Pariser Agence Havas zufolge ist die Nachricht, daß Truppen des Generals d'Amade beim Umrer Media überzogen haben, nicht zutreffend.

Weiterer unter chinesischen Truppen. Aus Amoy sind amtliche Nachrichten über eine Meuterei unter den chinesischen Truppen in der Provinz Fuchien in der Nähe von Mufien eingegangen, wonach am vergangenen Sonntag zwischen 1000 ausländischen Soldaten und regimentsfremden Truppen ein Gefecht stattgefunden hat, bei dem die Aufständischen geschlagen wurden. — Nach Gerüchten, die in Eingeborenenkreisen umlaufen, sollen die Regierungstruppen geschlagen sein und 60 Mann verloren haben, jedoch Verstärkungen verlangt werden. Die Aufständischen befinden sich, wie es heißt, in einer uneinnehmbaren Stellung; in Amoy würde für sie gewonnen und pro Mann und Tag ein Dollar geboten.

Yuan-shi-tai. Nach einer Meldung aus Peking hat sich Yuan-shi-tai mit seiner Familie nach seiner Heimatprovinz begeben. — Wie das Neuterliche Bureau noch erfährt, hält die englische Regierung die durch den Sturz Yuan-shi-tais geschaffene Lage für ernst, und angelehnt der Gefahr für die ausländischen Interessen findet zwischen dem englischen Botschafter und seiner Regierung ein Meinungsstandis über Vorstellungen bei der chinesischen Regierung statt.

Landeskirchliche statistische Nachrichten.

Aus der letzten Nummer des „Kirchlichen Geschehens und Berordnungsblattes“, das vom Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin herausgegeben wird, sind folgende statistische Angaben interessant:

Im Jahre 1907 wurden beiseit in dem der Aufsicht des Evangelischen Oberkirchenrats unterstellten älteren presbyterialen Kirchen und in Synagogen, mit Einschluß von 292 nicht fundierten Hilfskirchen, 786 geistliche Stellen, gegen 759 im Vorjahre, mithin fünf und 10 Prozent des in einer Gesamtzahl von rund 7700 vorhandenen geistlichen Stellen neu beiseit worden.

Es wurden berufen: 275 schon bisher in einem geistlichen Amte Lehramtsstelle Geistliche, 329 bisherige Pfarrverwalter, Hilfsprediger oder Pfarrgehilfen, 185 Probatsanten, Kandidaten, Summa 786. Von den fundierten geistlichen Stellen wurde die Erhebung bzw. Beiseitigung herbeigeführt: in 86 Fällen durch Ableben des bisherigen Inhabers, in 98 Fällen durch Emeritierung des bisherigen Inhabers, in 245 Fällen durch Beiseitigung des bisherigen Inhabers, in 6 Fällen durch Amtsenthebung des bisherigen Inhabers, in 8 Fällen durch Amtsenthebung des bisherigen Inhabers, in 66 Fällen durch Neugründung geistlicher Stellen, Summa 504. Von den hernach erledigten Pfarrstellen sind wieder beiseit: 111 durch die geistlichen Behörden unangekündigt, 33 durch dieselben mittels Vorschlags mehrerer Angehörigen, 20 durch andere Angehörige, 188 durch handschriftliche oder Privatpatronat, 97 durch Gemeindevotum auf Grund eigener Reife, 65 durch Gemeindevotum auf Grund des Kirchengesetzes vom 15. März 1886, 12 durch gemeinsame Wahlung des Privatpatronats und der Gemeinde, Summa 504. In Provinzialen Bezirken, gekündigt sich die Zahl der Beiseitigung folgendermaßen: 28,57 Prozent durch handschriftliche oder Privatpatronat, 36,91 Prozent durch das Kirchengesetz, 34,53 Prozent durch Gemeindevotum.

Das Lebens- und Dienstalter der verstorbenen und emeritierten geistlichen Personen ergibt folgendes Resultat: 1. Durchschnittliches Lebensalter: a) der im Amte verstorbenen Geistlichen 63,91 Jahre, b) der emeritierten Geistlichen zur Zeit ihrer Emeritierung 69,62 Jahre, c) der Geistlichen überhaupt, ohne Unterschied, ob sie im Amte oder als Emeriten verstorben sind 65,15 Jahre. 2. Durchschnittliches Dienstalter: a) der im Amte verstorbenen Geistlichen 30,41 Jahre, b) der emeritierten Geistlichen 35,50 Jahre, c) der Geistlichen überhaupt (im Amte verstorbenen oder emeritiert) 33,12 Jahre. 3. Durchschnittliche Dauer des Emeritierens: a) des 7,64 Jahre. Aus dem Amte geiseit sind a) durch Tod 86, b) durch Emeritierung 98.

Es betrug die Gesamtzahl der a) Tausen 534 234, b) Tausen 138 400, c) kirchlichen Beiseitigungen 259 004, d) konfirmierten 371 186, e) 1907/08 auf 786. Pro licentia concionandi (1. Theol. Prüfung) wurden im ganzen a) geprüft 207 Kandidaten, b) nicht bestanden haben 21 Kandidaten, c) dagegen bestanden haben 186 Kandidaten, und zwar mit dem Prädikat „vortrefflich“ (1) 2, mit dem Prädikat „gut“ (II) 56, mit dem Prädikat „befriedigend“ (III) 128. Pro ministerio wurden im ganzen a) geprüft 198 Kandidaten, b) nicht bestanden haben 7 Kandidaten, c) dagegen bestanden haben 191 Kandidaten, und zwar mit dem Prädikat „vortrefflich“ (I) 6 Kandidaten, mit dem Prädikat „gut“ (II) 47 Kandidaten, mit dem Prädikat „befriedigend“ (III) 138 Kandidaten.

Die Ordination empfangen 182 Predigtamtskandidaten gegen 220 RM. ... Die Zahl der direkten Paare ... Die Einbringung ist ... Die nächsten beiden ...

Wachung zu 'Die Erde des Eddes' im Jahre 1908.

In der Zeit von Mitte Dezember bis Ende Dezember 1908 sind nach folgende bemerkenswerte Ereignisse geschehen: Staatsbeschauer, ... Diplomaten, ... Parlamentarier, ...

Die Erdbebenkatastrophe in Italien.

Ueber den Ausbruch, die von dem Erdbeben betroffenen Landesstellen ... Die Zeitung 'Roma' zufolge ... Bei Rettungsarbeiten ...

Ueber den Verlauf des Erdbebens und seine Folgen wird noch ausgeführt, daß der Hauptstoß ohne vorherige ... Die Rettungsarbeiten ...

Nach den offiziellen Schätzungen beträgt die Gesamtzahl der Opfer der Erdbebenkatastrophe 140 000, von denen 75 000 auf Messina und Umgebung entfielen ...

Ueber die schon früher erwähnte leichte Erbebung der Königin von Italien erzählt nach einer Meldung des 'M. Z.' der Marineminister folgendes: ...

Später erhalten wir noch folgende Nachrichten: Eine Abteilung des kaiserlichen ... Die Rettungsarbeiten ...

Bei Rettungsarbeiten laufen noch folgende Nachrichten ... Die Rettungsarbeiten ...

Die Rettungsarbeiten ... Die Rettungsarbeiten ...

Die Rettungsarbeiten ... Die Rettungsarbeiten ...

Aut. Platz und Fern.

Rein Automobilial. Die Montag evening ... Die Rettungsarbeiten ...

Die Rettungsarbeiten ... Die Rettungsarbeiten ...

Die Rettungsarbeiten ... Die Rettungsarbeiten ...

Die Rettungsarbeiten ... Die Rettungsarbeiten ...

Letzte Telegramme.

Die Erdbeben. Rom, 6. Jan. Gegen den Vorschlag, die Trümmer von Messina mit Petroleum zu begießen ...

Rom, 6. Januar. Zwei der in der Merenge von Messina liegenden Rabel sind wieder hergestellt.

Rom, 6. Januar. Jeder Tag bringt neue Nachrichten über Verstorbenen, die bisher noch nicht genannt sind.

Bern, 6. Januar. Gestern wurde in Rom ein Erdbeben von 12 Stunden Dauer stattgefunden.

Bern, 6. Januar. Gestern wurde in Rom ein Erdbeben von 12 Stunden Dauer stattgefunden.

